

SITZUNG VOM

7. Juli 1997

### PROTOKOLL

der 34. Sitzung

**Datum:** Montag, 7. Juli 1997

**Zeit:** 19.00 bis 20.30 Uhr

**Ort:** Singsaal Lättenwiesen

**Vorsitz:** Ratspräsident Kurt Schwaighofer

**Protokoll:** Roger Würsch

**Anwesend:** 28 Mitglieder

**Abwesend:** Priska Brülhart (Auslandaufenthalt)  
Philippe Burkhardt (Krankheit)  
Florian Caprez (geschäftliche Abwesenheit)  
Desirée Hanimägi (Ferien)  
Dieter Schlatter (geschäftliche Abwesenheit)  
Guido Uboldi (Ferien)  
Beat Zimmermann (geschäftliche Abwesenheit)  
Hans Zolliker (Klassenlager)



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

### Geschäfte:

1. Mitteilungen,
2. Protokoll der 33. Sitzung vom 9. Juni 1997
3. Postulat Priska Brühlhart und Mitunterzeichnende "Ortsbus Opfikon - Verbesserung des Angebotes" - Überweisung
4. Postulat Patricia Condoleo und Mitunterzeichnende "Auslastung Badanlage Bruggwiesen" - Begründung
5. Postulat Brigitte Schwyzer und Mitunterzeichnende "Privatisierung der Badanlage Bruggwiesen" - Begründung
6. Geschäftsbericht 1996 - Abnahme
7. Mundartunterricht an den Kindergärten - Genehmigung und Stellenbewilligung
8. Jährlich wiederkehrender Kredit über Fr. 40'000.-- für den Sammelstellenbetrieb
9. Erhöhung des befristeten Stromtarif-Rabattsatzes
10. Wahl einer Spezialkommission "Planung"
11. Ersatzwahl ins Wahlbüro



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

### 1. Mitteilungen

---

#### 1.1 Traktandonliste

V 4.3.2

Ratspräsident Kurt Schwaighofer erklärt, dass die GPK heute einen neuen Abschied zum Geschäft Nr. 7 abgegeben hat. Dieser stand während der Aktenaufgabe nicht zur Verfügung, was der Geschäftsordnung des Gemeinderates widerspricht. Kurt Schwaighofer schlägt vor, das Geschäft trotzdem zu behandeln, sofern keine Einwände aus dem Rat kommen. Der Rat hat keine Einwände, das Geschäft bleibt daher traktandiert.

#### 1.2 Personelles

V 4.3.1

Die Stadträte Karl Pfister und Hans A. Kohler haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt (Ferien). Nachdem Stadtpräsident Jürg Leuenberger überfallen wurde, ist er noch rekonvaleszent.

Durch die Abwesenheit von Guido Uboldi und Desirée Hanimägi übernimmt Fritz Stoll heute die gesamte Stimmzählung.

#### 1.3 Ratsausflug

V 4.3.2

Der Ratsausflug 1997 findet am Freitag, 19. September 1997 statt. Eine Einladung folgt.

#### 1.4 Allgemeines

V 4.3.1

Folgende Unterlagen waren in der Aktenaufgabe einsehbar:

- Protokoll der 33. Bürositzung vom 23. Juni 1997
- Geschäftsliste per 24. Juni 1997
- Briefverkehr NIO - Stadtkanzlei betreffend Vakanzen im Wahlbüro
- SR-Beschl.-Nr. 141 - Provisorische Stellen im Alterszentrum

### 2. Protokoll der 33. Sitzung vom 9. Juni 1997

---

Zu Seite 408 erklärt Werner Erni (FDP), dass auch die FDP für ein (nicht kein) Beizug eines Profis beim Landverkauf ist. Die Stadt sollte jedoch als Verkäufer auftreten.

Brigitte Schwyzer (CVP) erklärt, dass ihre Äusserung über den Steuerfuss eine persönliche Meinung ist und nicht im Namen der Fraktion gefallen ist.

**Das vorliegende Protokoll wird genehmigt und verdankt.**



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

3. **Postulat Priska Brühlhart und Mitunterzeichnende "Ortsbus Opfikon - Verbesserung des Angebotes" - Überweisung** V 2.2.1
- 

Da sich Priska Brühlhart weiterhin im Ausland befindet äussert sich nochmals Christian Grasser über das vorliegende Postulat. Er fasst die wichtigsten Anliegen der NIO zusammen. Christian Grasser sieht in der Beantwortung des Postulates die Chance zu einer sachlichen Diskussion, da vor allem auch die entstehenden Kosten jeder Ergänzung aufgezeigt werden sollen.

Valentin Perego (FDP) erklärt, dass die FDP kein "Sonderzuglein Opfikon" unterstützen wird. Die Lösungen müssen in den bestehenden Strukturen erfolgen und die Kosten-Nutzen-Rechnung muss ein vernünftiges Resultat bringen.

Patricia Condoleo (CVP) sieht einen Handlungsbedarf, da der Ortsbusbetrieb am Abend, vor allem im Bereich des Bahnhofs Glattbrugg, ein Sicherheitsgefühl vermittelt. Die CVP ist nicht für Aufstockung des ÖV, aber für Optimierung desselben.

**Das Postulat wird ohne Gegenantrag an den Stadtrat überwiesen.**



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

- 3 Postulat Priska Brühlhart und Mitunterzeichnende "Ortsbus Opfikon - Verbesserung des Angebotes" - Überweisung

V 2 2 1

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Beschluss des Stadtrates vom 24. Juni 1997 und die heutige Diskussion -

BESCHLIESST:

1. Das Postulat von Priska Brühlhart und Mitunterzeichnenden "Ortsbus Opfikon - Verbesserung des Angebotes" wird an den Stadtrat überwiesen.
2. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat innert 12 Monaten zu berichten, ob und in welcher Weise dem Postulat entsprochen wird.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Stadtrat
  - Polizei- und Wehrvorstand
  - Polizei- und Wehrabteilung
  - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

7 Juli 1997

4. **Postulat Patricia Condoleo und Mitunterzeichnende "Auslastung der Badanlage Bruggwiesen" - Begründung** L 3.1.6
- 

Patricia Condoleo (CVP) begründet das von ihr eingereichte Postulat. Der Stadtrat hat bis zur nächsten Sitzung bekannt zu geben, ob er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Ein Ablehnungsantrag ist schriftlich einzureichen und zu begründen.

5. **Postulat Brigitte Schwyzer und Mitunterzeichnende "Privatisierung der Badanlage Bruggwiesen" - Begründung** L 3.1.6
- 

Brigitte Schwyzer (CVP) begründet das von ihr eingereichte Postulat. Der Stadtrat hat bis zur nächsten Sitzung bekannt zu geben, ob er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Ein Ablehnungsantrag ist schriftlich einzureichen und zu begründen.

6. **Geschäftsbericht 1996 - Abnahme** V 4.2
- 

#### **Eintretensdebatte**

Toni Steiner, Präsident der GPK, äussert sich über die Prüfung des Geschäftsberichtes 1997 und die Gespräche mit den Verantwortlichen der Verwaltung. Der neue Geschäftsbericht ist wesentlich schlanker, besser lesbar und klarer gegliedert. Die GPK ist erfreut über das Ergebnis und gratuliert speziell dem neuen Stadtschreiber und seinem Substituten zu diesem - für den Kanton Zürich - wohl einzigartigen Geschäftsbericht. Die GPK hat für die Aktenauflage einen Bundesordner bereitgestellt, aus welchem alle relevanten Punkte entnommen werden konnten. Als Zukunftsperspektive stellte die GPK allen Beteiligten folgende Frage: "Wie sehen Sie die Verwaltung im Jahr 2000?". Auch diese Antworten waren recht interessant. Die GPK ist der Ansicht, dass alle gut gearbeitet und ihre Hausaufgaben erfüllt haben. Daher beantragt die GPK "Eintreten" auf den Geschäftsbericht 1996.

**Das Wort wird nicht weiter erwünscht, Eintreten ist unbestritten und daher beschlossen.**



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

### 1. Präsidialabteilung

Toni Steiner informiert, als Sprecher der GPK, nochmals über die wichtigsten Punkte seines Berichtes. Es gibt keine wesentlichen Ergänzungen.

Der Rat stimmt dem Bericht ohne weitere Wortmeldung zu.

### 2. Finanzabteilung

Janez Zekar (GPK-Sprecher) erklärt, dass anlässlich der Rechnungsabnahme ausführlich über die Finanzabteilung gesprochen wurde. Die Stadträte und Stadträtinnen wurden gefragt, ob noch weitere "Leichen" im Keller liegen. Alle haben versichert, dass dies nicht der Fall ist.

Auch dieser Bericht wird ohne weitere Wortmeldung abgenommen.

### 3. Liegenschaften

Regina Bühler äussert sich über die Liegenschaftenabteilung. Eine grössere Diskussion wurde über die Vergabe von Aufträgen geführt. Der Stadtrat ist einem General-Unternehmer (GU) gegenüber eher kritisch eingestellt. Regina Bühler sieht jedoch auch positive Aspekte. Es scheint wichtig, dass die Vor- und Nachteile bei jedem Fall abgeklärt werden.

Stadtrat Jacques Mettler bestätigt die Aussagen von Regina Bühler. Auch er sieht positive Aspekte bei einem GU. Das Sparpotential bleibt aber geringer und die Vorarbeiten sind grösser. Auch das einheimische Gewerbe muss unter Umständen mit weniger Aufträgen rechnen.

Heinrich Eberhard (SVP) teilt die Meinung von Jacques Mettler nicht. Er hat mit GU gute Erfahrungen gemacht. Es ist klar, dass für ein GU eine ausführliche, gute Planung notwendig ist, diese schafft aber Transparenz und schützt vor negativen Überraschungen. Eine Klausel für das einheimische Gewerbe kann jederzeit in ein Abkommen mit einem GU integriert werden.

Dem Bericht wird ohne weitere Wortmeldungen zugestimmt.

### 4. Bauabteilung

Werner Erni (GPK) erklärt, dass noch über offene Punkte aus dem letzten Jahr nachgefragt wurde. Diese sind bereinigt. Sorge machen Werner Erni die vielen Quartierpläne, welche sich über Jahre hinwegziehen. Eigentliche Pendenzen sind keine vorhanden. Das Dauerproblem "Bahnlärm" konnte nun in die richtige Richtung aufgegleist werden. Das Thema "GIS" ist noch offen.



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

Bauvorstand David Häne erklärt, dass diverse Quartierplanung abgeschlossen werden konnten oder kurz vor dem Abschluss stehen. Im Bereich des Oberhauserriets gibt es keine Verzögerungen. Die Planung verläuft praktisch auf den Tag genau nach Zeitplan. Der Gemeinderat wird es in der Hand haben, zu diesem Tempo beizutragen, da demnächst Geschäfte übergeben werden.

Dem Bericht wird ohne weitere Wortmeldungen zugestimmt.

#### 5. Werkabteilung

Der Sprecher der GPK, Werner Erni, erwähnt bei den Werken die vollen Spezialfinanzierungskassen. Die Energiepreise müssen im Auge behalten werden.

Werkvorstand Walter Epli erklärt, dass das bei den Pendenzen erwähnte zinslose Darlehen für die Gasversorgung Zürich in jedem Fall zurückgefordert wird. Eine erste Rate wird 1997 eintreffen.

Es findet keine weitere Diskussion statt. Der Bericht ist somit abgenommen.

#### 6. Polizei- und Wehrabteilung

Janez Zekar (GPK-Sprecher) hebt aus der Befragung die Diskussion um die Glatthofkreuzung und die Mamma-Mia-Kreuzung hervor. Vorprojekte sind ausgearbeitet. Die Glatthofkreuzung soll vorgezogen werden. Die Kantonspolizei hat mit der Studie jedoch Mühe. Ein weiterer Zeitplan liegt nicht vor.

Bauvorstand David Häne bestätigt, dass über das weitere Vorgehen im Stadtrat noch kein Entscheid gefallen ist.

Auch diesem Bericht wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

#### 7. Gesundheits- und Umwelta Abteilung

Die GPK-Sprecherin, Pia Bättig, geht in ihrem Referat auf die Gäranlage ein. 50 % der Kapazitäten sind vergeben. Mit der Gründung der AG und dem Bau wird zugewartet, bis der Entscheid der Stadt Zürich vorliegt (Ablieferung von Grüngut). Aus der Tagespresse konnte abgeleitet werden, dass das Interesse der Stadt Zürich offensichtlich nicht mehr sehr gross ist. Das ganze Projekt ist gefährdet.

Als weiteres GPK-Mitglied erklärt Werner Erni, dass er der Gesundheitsvorsteherin schriftlich Fragen zur Vertragssituation mit der Stadt Zürich eingereicht hat. Die Antworten sind noch ausstehend.



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

Gesundheitsvorsteherin Regula Mäder bestätigt die Aussage von Werner Erni. Eine Stellungnahme wird noch diese Woche folgen. Zur Situation mit der Stadt Zürich hat sie aktuelle Neuigkeiten (welche auch der Gesamtstadtrat heute zum ersten Mal hört). Die Stadt Zürich wird kein Grüngut liefern. Die Partner haben daher beschlossen, auf den Bau einer Gäranlage zu verzichten, da diese nicht ausgelastet werden kann. Ein Geschäft wird folgen.

Toni Steiner (CVP) äussert sich verärgert über das kleinbürgerliche Denken und Verhalten der Stadt Zürich.

### **8. Fürsorgeabteilung**

Pia Bättig (GPK) erwähnt die Diskussion über den Fall im Luzernischen, wo eine Fürsorgevorsteherin ermordet wurde. Die Situation in Opfikon ist von den Kompetenzen her nicht vergleichbar. Die Aggression bei Fürsorgeempfänger hat aber stark zugenommen. Die Sozialarbeiter arbeiten vermehrt mit offenen Verbindungstüren oder führen schwierige Gespräche zu zweit. Die Zahl der Fürsorgeempfänger steigt und steigt.

Auch diesem Bericht wird ohne weitere Wortmeldungen zugestimmt.

### **9. Allgemeine Abteilung / Jugend und Sport**

Der GPK-Sprecher, Beat Künzli erklärt, dass er keine weiteren Ergänzungen zu seinem Bericht habe.

Der Bericht wird ohne weitere Wortmeldung abgenommen.

### **10. Schule**

Auch hier hat der GPK-Sprecher, Beat Künzli, keine Ergänzungen.

Der Bericht wird ebenfalls ohne weitere Wortmeldungen abgenommen.

Ratspräsident Kurt Schwaighofer fragt den Rat an, ob noch offene Fragen zum vorliegenden Geschäftsbericht vorhanden sind. Dies ist nicht der Fall.

**In der Schlussabstimmung wird der Geschäftsbericht einstimmig verabschiedet.**

Ratspräsident Kurt Schwaighofer dankt allen für die grosse Arbeit.



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

6. Geschäftsbericht 1996 - Abnahme

V 4.2

---

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Beschluss des Stadtrates vom 11. Februar 1997 und den Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 18. Juni 1997 -

BESCHLIESST:

1. Der Geschäftsbericht der Stadt Opfikon für das Jahr 1996 wird, ohne die Bürgerliche Abteilung, genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Stadtrat
  - Abteilungsleiter
  - Stadtmann- und Betreibungsamt
  - Friedensrichter
  - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

**7. Mundartunterricht an den Kindergärten - Genehmigung****S 1.4.1**

Als Sprecher der GPK erklärt Werner Erni die Umstände, welche zum neuen Abschied der GPK geführt haben. Der Hauptpunkt war die Unterrichtssprache, bei welcher die Mehrheit der GPK der Ansicht ist, dass Hochdeutsch wirkungsvoller wäre als Mundart. Die Schule hat versichert, dass dank dieser Stelle keine weiteren Stellen auf höherer Stufe notwendig werden. Sollte sich ein "Nichtbedarf" dieser Stelle zeigen, würde sie durch die Schule sofort wieder aufgehoben. Persönlich ist Werner Erni der Meinung, dass hier wieder eine Förderung der Schwachen stattfindet. Allgemein wird jedoch zu wenig zur Förderung der starken Schüler unternommen. Das Niveau der Schule sinkt, obwohl die Kosten - bei etwa gleicher Schülerzahl - steigen. Im weiteren zeigt sich Werner Erni befremdet über Reaktionen aus der Lehrerschaft, welche die Arbeit der GPK ins Lächerliche gezogen haben. Die GPK unterstützt eigentlich den Stadtratsantrag, will diesen jedoch auf drei Jahre befristet haben. Dann soll über eine definitive Genehmigung befunden werden.

Stadträtin Madeleine Roth erklärt, dass der Stadtrat an seinem Antrag festhält. Der Antrag ist das Ergebnis eines zweijährigen Versuches. Eine weitere Versuchsphase ist unnötig. Im Rahmen des Budgets hat der Gemeinderat die Möglichkeit einer regelmässigen Kontrolle.

Brigitte Schwyzer (CVP) unterstützt den Antrag des Stadtrates. Sie ist selber Kindergärtnerin und erklärt einiges über den Sinn dieses Mundartunterrichtes. Ein Unterricht in hochdeutscher Sprache ergibt wenig Sinn, da die Unterrichtssprache Mundart ist. Die betroffenen Kinder müssten sich gleich mit zwei Fremdsprachen befassen. In der Zeit des Mundartunterrichts hat die Kindergärtnerin zudem Zeit, die übrigen Kinder speziell zu fördern.

Valentin Perego (FDP) erkundigt sich nach dem Versuchsumfang von 1993. Damals fand 1 Stunde pro Woche statt. Da das der halbe Umfang vom heutigen Antrag war, müssten sich die Kosten für diesen Versuch etwa um Fr. 33'000.-- belaufen haben. Hatte die Schulpflege diese Kompetenz oder wurde der Versuch durch den Stadtrat bewilligt?

Stadträtin Madeleine Roth erklärt, dass die Schulpflege im Rahmen ihrer Kompetenzen eigenständig gehandelt hat. Der Versuch 1993 war wesentlich günstiger, da die Betroffenen für die Stunde zusammengezogen wurden.

Stadtrat Jacques Mettler erwähnt die Finanzkompetenzen, welche der Schulpflege durch die Gemeindeordnung für Sachgeschäfte gegeben sind.

Werner Erni (FDP) bezweifelt, ob dieses Geschäft ein Sachgeschäft sei.

**In der Abstimmung obliegt der Antrag der GPK mit 15 : 12 Stimmen demjenigen des Stadtrates.**



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

7. Mundartunterricht an den Kindergärten - Genehmigung

S 1.4.1

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 25. Februar 1997 und der Geschäftsprüfungskommission vom 21. Mai 1997 -

BESCHLIESST:

1. Der Mundartunterricht an den Kindergärten wird ab Beginn des Schuljahres 1997/1998 im Sinne des vom Stadtrat beantragten Umfanges bewilligt und auf drei Jahre befristet.
2. Die Errichtung einer städtischen Lehrstelle für diese befristete Zeit wird bewilligt.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Stadtrat
  - Schulpflege
  - Finanzvorstand
  - Finanzverwaltung
  - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

8. **Jährlich wiederkehrender Kredit über Fr. 40'000.-- für den  
Sammelstellenbetrieb**

U 1.2.5

---

Als Sprecherin der GPK berichtet Regina Bühler über die Prüfung des Geschäftes. Die Offerte des Vereins Dezentrale Drogenhilfe im mittleren Glattal (DDmG) war deutlich unter der Offerte der Privatwirtschaft. Es ist ein Vertrag für den Sammelstellenbetrieb für die Dauer von drei Jahren vorgesehen, welcher sich ohne Kündigung jeweils um ein Jahr verlängert. Von dieser Lösung profitieren beide Partner. Die GPK beantragt mit 6 : 0 Stimmen, dem Geschäft zuzustimmen.

Ernst Schmid (CVP) erkundigt sich, für welche Projekte der DDmG eine Miete bezahlt. Stadträtin Regula Mäder erklärt, dass der DDmG beabsichtigt, eine Veloflickwerkstatt zu betreiben. Zudem sollen Möbel restauriert und allgemeine Reparaturen durchgeführt werden.

**Dem Kredit wird ohne Gegenantrag zugestimmt.**

8. **Jährlich wiederkehrender Kredit über Fr. 40'000.-- für den  
Sammelstellenbetrieb**

U 1.2.5

---

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 11. März 1997 und der Geschäftsprüfungskommission vom 12. Juni 1997 -

**BESCHLIESST:**

1. Für die Vergabe der Sammelstellenbetreuung im Auftragsverhältnis wird ein jährlich wiederkehrender Betrag von Fr. 40'000.-- zu Lasten Konto Nr. 3561.3180.00 genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Mitglieder des Stadtrates
  - Gesundheitskommission
  - alle Verwaltungsabteilungen



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

### 9. Erhöhung des befristeten Stromtarif-Rabattsatzes

E 2.3.1

---

Sprecher der RPK: Christian Grasser. Die finanzielle Lage der Werke zeugt vom guten Geschäftsgang. Die Spezialfinanzierungskonten sind hoch dotiert. Das EKZ gewährt auch einen Rabatt. Aus diesen Gründen soll der bestehende Rabatt erhöht und verlängert werden. Ein negativer Rechnungsabschluss kann durch eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung gedeckt werden. Im weiteren erwähnt Christian Grasser die Bemerkungen der RPK im Abschied.

Werkvorstand Walter Epli verweist auf das Vorwort in der Energieplanung. Diese umfasste in erster Linie die Wärmeenergie, daher sind aus der Energieplanung für den Bereich Elektrizität nur wenig Resultate ableitbar, welche in die Tarifgestaltung integriert werden könnten.

**Dem Geschäft wird ohne weitere Wortmeldungen zugestimmt.**



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

9. Erhöhung des befristeten Stromtarif-Rabattsatzes

E 2.3.1

Der Gemeinde :

- gestützt auf die Anträge der Werkkommission vom 20. Februar 1997, des Stadtrates vom 25. März 1997 und der Rechnungsprüfungskommission vom 18. Juni 1997 sowie in Anwendung von § 49 Ziff. 2 lit. f der Gemeindeordnung -

### BESCHLIESST:

1. Der Erhöhung des Stromtarifrabattes auf 5 % des Elektrizitätswerkes Opfikon bei den Kategorien GP (Haushalt, Mehrfamilienhäuser) und LP (Gewerbe/Industrie/Dienstleistungen) wird zugestimmt.
2. Diese Regelung gilt vom 1. April 1997 bis 30. September 1999; Änderungen aufgrund aussergewöhnlicher Verhältnisse bleiben vorbehalten.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Stadtrat
  - Werkkommission
  - Finanzvorstand
  - Finanzverwaltung
  - Städtische Werke
  - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

10. Wahl einer Spezialkommission Planung

V 4.3.1

---

Als Mitglieder der Spezialkommission Planung schlägt die IFK vor:

- Heinrich Eberhard, SVP, Präsident
- Walter Dietrich, NIO
- Ursula Schmid, EVP
- Kurt Schwaighofer, CVP
- Fritz Stoll, FDP

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

### DER GEMEINDERAT BESCHLIESST:

1. Die Vorgeschlagenen werden als Mitglieder der begleitenden Spezialkommission Planung gewählt.
2. Als Präsident der Spezialkommission wird Heinrich Eberhard gewählt.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - die Gewählten
  - Stadtrat
  - Bauvorstand
  - Finanzverwaltung
  - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

11. Ersatzwahl ins Wahlbüro

A 1.A

---

Valentin Perego schlägt im Namen der IFK vor:

- Elsbeth Hürlimann, Wallisellerstrasse 156/22 (FPS)

DER GEMEINDERAT BESCHLIESST:

1. Die Vorgeschlagene wird als Mitglied des Wahlbüros für die Restamtsdauer 1994/98 gewählt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - die Gewählte (Wahlanzeige)
  - Bezirksrat Bülach
  - Stadtrat
  - Substitut



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

### Schluss der Sitzung

---

Ratspräsident Kurt Schwaighofer wünscht allen schöne, erholsame und sonnige Sommerferien. Die nächste Ratssitzung findet am 1. September 1997 statt.

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Kurt Schwaighofer macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 10. Juli 1997

Für richtiges Protokoll  
Der Ratssekretär:



R. Würsch



SITZUNG VOM

7. Juli 1997

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:



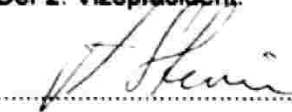
14. 7. 97

Der 1. Vizepräsident:



11. 7. 97

Der 2. Vizepräsident:



11. 7. 97

c/grprot34

